

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR • GEGRÜNDET 1870

Reich und krank

Christian Weisflog

Dank Öl und Gas wachsen die Guthaben der russischen Zentralbank schneller, als es dem Finanzminister lieb ist. Mit einem Teil des unablässigen Geldsegens bezahlte Russland Ende August dem Westen seine milliarden-schweren Schulden frühzeitig zurück. Wohin aber mit dem Rest? Bleibt die Regierung ein überzeugendes Investitionsprogramm schuldig, könnte das russische Wirtschaftswunder schneller vorbei sein, als es begann.

Sie lasteten wie ein großer Stein auf der russischen Seele: die Milliarden, mit denen man bei den westlichen Industrienationen, den „Siegern“ des Kalten Krieges, in der Kreide stand. Der Kreml zelebrierte die frühzeitige Rückzahlung dieser Gelder daher wie bereits den G8-Vorsitz als glanzvollen Schritt zurück zu alter Größe. Russland ist wieder wer, hat etwas zu verteilen und ärgert die USA im Nahost-Konflikt oder in der Iran-Frage mit eigenständigen Standpunkten.

Genau acht Jahre nach der Finanzkrise 1998 beglich die Russische Föderation zwischen dem 15. und 21. August ihre verbliebenen Schulden über 21,6 Milliarden Dollar gegenüber dem Pariser Club, in dem die wichtigsten Gläubigerstaaten der Welt zusammengeschlossen sind. Russlands Auslandsschulden sanken damit auf neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Moskau spart dadurch bis zum Jahr 2020 Zinszahlungen von über 12 Milliarden Dollar ein. Den Gläubigern hingegen entgehen bereits langfristig eingeplante Zinseinnahmen. Dies betrifft vor allem Deutschland, das mit nominal 7,7 Milliarden Euro bisher Russlands größter Einzelgläubiger war.

Während die politische Führung den Prestigeerfolg feiert, sehen russische Wirtschaftsexperten jedoch kaum Anlass zum Jubeln. Laut Wassilij Solodkow von der Moskauer Higher School of Economics ist die frühzeitige Rückzahlung auch ein Schweigegeld: „Das ist der chinesische Weg: ‚Bei uns gibt es keine Demokratie‘, kann Putin sagen, ‚aber dafür ist mit der Wirtschaft alles in Ordnung.“

Allerdings stimmt auch in der Wirtschaft nicht alles: Denn der russische Patient ist durch die sprunghaft angestiegenen Ölpreise zwar unverhofft reich, aber keineswegs gesund geworden.

Fortsetzung auf Seite 2



Foto: Tino Kunzel

Schattenspiele vor historischer Kulisse: Im Ipatiew-Kloster zu Kostroma befand sich Michail Romanow in der Verbannung, als er 1613 zum Zaren gewählt wurde. Der Künstler Michail Podwiliza ist sogar aus St. Petersburg angereist, um den geschichtsträchtigen Ort zu malen, dem ein Gewitterhimmel noch mehr Atmosphäre verleiht.

Stichworte

„Es genügt der Wille des Machthabers, um alle Teile dieses weitläufigen Organismus' in Bewegung zu setzen: ohne Widerstände, ohne Gegengewichte, ohne Zwischenebenen. Was der Machthaber wünscht, das geschieht, ob er nun im Recht ist oder nicht, ganz egal. In Russland gibt es keine öffentliche Meinung, und es kann sie auch nicht geben.“

Franz Gabriel de Bray, bayerischer Diplomat, 1801 über das Russland Peters des Großen.

„Schwer zu sagen, ob das Volk wegen seiner Rohheit eines tyrannischen Herrschers bedarf oder ob es durch die Tyrannei des Herrschers so roh, mitleidlos und gewalttätig wird.“

Sigismund Herberstein, österreichischer Gesandter und Schriftsteller, 1549 in seinen „Aufzeichnungen über Moskau“.

„Den Staatsdienern wird kein angemessener Lohn gezahlt. Wovon sie leben? Leicht zu erraten: indem sie mit sich handeln lassen. Kein Wunder, dass es in Moskau so viele Diebe und Raubüberfälle und Morde gibt. Erstaunlich, dass in Moskau überhaupt noch redliche Menschen zu finden sind.“

Juraj Krizanic, kroatischer katholischer Missionar, 1666 in seiner Schrift „Politik“, die er im sibirischen Verbannungsort Tobolsk verfasste.

Das Ende der UdSSR lag im Anfang

In der Heimat verhasst, im Ausland geschätzt: Jegor Gajdar, der nach dem gescheiterten Augustputsch vor 15 Jahren sein Land von der Plan- zur Marktwirtschaft führte, teilt das Schicksal aller russischen Reformer. Dagegen kämpft er nun mit seinem neuen Buch an, das er kürzlich in Moskau präsentierte. Der Professor versucht zu belegen, was bereits jeder weiß, aber viele nicht wahrhaben wollen: Die UdSSR hatte 1991 abgewirtschaftet.

Karsten Helbling

Es war ausnahmsweise ein Heimspiel, bei dem Gajdar mit Applaus empfangen wurde: Das Publikum, geladene Gäste und Parteikollegen der „Union der Rechten Kräfte“ (SPS), begrüßten den Vater der russischen Wirtschaftsreformen im Moskauer Haus der Literaten wie einen Popstar. Die liberale Partei feierte 15 Jahre Freiheit in geschlossener Gesellschaft. Nach kurzer Einleitung übergab SPS-Parteiführer Nikita Belych das Wort „dem Lehrer“ Jegor Gajdar. Besonnen und fast emotionslos versuchte der Professor, die Zeit des Umbruchs nachzuzeichnen.

Auf den Tag genau 15 Jahre waren vergangen seit dem 22. August 1991, als nach 73 Jahren Sowjetherrschaft auf dem Regierungsgebäude in Moskau die weiß-blau-rote Fahne hochgezogen wurde. Dies waren bereits die Farben der Übergangsregierung vor der Oktoberrevolution 1917. Demonstranten stellten sich wagemutig heranrollenden Panzern entgegen und verhinderten dadurch den Putsch von konservativen Kräften aus Partei und Geheimdienst gegen Michail Gorbatschow. Der Präsident der UdSSR wurde von den Putschisten an seinem Urlaubsort auf der Krim unter Arrest gesetzt. Dies war die Stunde von Boris Jelzin: Der Präsident

Russlands führte den Widerstand überzeugend und wendete den Umsturz mit Volkes Hilfe ab. Kurz darauf verbot er die Kommunistische Partei, das bisher staatstragende Element.

Jegor Gajdar, der heute das Institut für Transformationswirtschaft leitet, übernahm zwei Monate nach dem gescheiterten Putsch im jungen Alter von 35 Jahren das Amt des russischen Wirtschaftsministers. Er gilt als Vater der russischen Marktformen, welche die sowjetische Wirtschaft kollabieren und die Gesellschaft verarmen ließen. Ihm wird auch die unglücklich verlaufene Privatisierung angelastet, die zur Aufteilung der wirtschaftlichen Ressourcen unter wenigen Oligarchen führte.

Wie seinen Memoiren zu entnehmen ist, war sich Gajdar seines Schicksals jedoch bereits vor dem Amtsantritt bewusst: „In der Situation, in der sich die UdSSR und Osteuropa befinden, erweist sich eine kluge Wirtschaftspolitik meist als unpopulär. Dazu braucht es einen

starken Staat. In der UdSSR aber verhindert die Verfassungskrise eine vernünftige Etappierung der Reformen“, schrieb Gajdar am 18. August 1991. Den Herbst dieses Jahres bezeichnete der Wirtschaftsprofessor vor wenigen Jahren in einem Interview als die schwierigste Zeit seines Lebens: „Wir wurden bereits für alles verantwortlich gemacht, aber hatten noch nichts schaffen können.“ So wurde zum Beispiel das Gesetz über die umstrittene Privatisierung bereits vor Gajdars Amtsantritt im Juni 1991 durch den Obersten Sowjet verabschiedet.

Mit seinem neuen Buch „Der Untergang des Imperiums. Lehren für das heutige Russland“ will der 50-jährige Ökonom zeigen, dass die schmerzhaften Reformen und der Untergang der Sowjetunion letztlich unvermeidbar waren. Damit kämpfe er gegen den Mythos, der heute durch das staatlich kontrollierte Fernsehen verbreitet werde.

Fortsetzung auf Seite 6

Seite 5



Nachgefragt: Ist Fliegen in Russland und der GUS ein unkalkulierbares Risiko?

Seite 7

Nachgesehen: Zwei Jahre sind seit dem Geiseldrama von Beslan vergangen, die Wunden bis heute nicht verheilt. Eine Reportage aus dem Kaukasus.



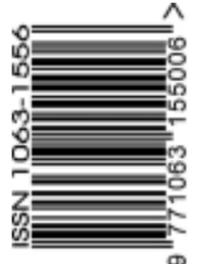
Seite 8



Nachgezeichnet: Vom Schicksal georgischer Drogenabhängiger, die sich Subutex spritzen.

Seite 11

Nachgeforscht: Moskau feiert im September seinen 859. Geburtstag. Eine Berliner Autorin fand die Väter des Stadtfestes im 19. und 20. Jahrhundert.



Die nächste Ausgabe erscheint am 13. September

www.mdz-moskau.de

Reich und krank

Russland weiss nicht, wohin mit dem Geld

Fortsetzung von Seite 1

Im Gegenteil: Der Ölboom brachte die „holländische Krankheit“ ins Land, ein ökonomisches Phänomen, das in den Niederlanden nach plötzlichen Erdgasfunden in der Nordsee beobachtet wurde. Dabei kommt es durch den umfangreichen Export von Rohstoffen zu einer Aufwertung der eigenen Währung. Der folglich erhöhte Wechselkurs vermindert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der übrigen exportierenden Wirtschaftsbranchen und kann im Extremfall zu ihrem Niedergang führen.

Um die Flut an ausländischen Devisen aufzufangen, richtete Russland daher einen Stabilisierungsfonds ein. Dorthin fließen die Mehreinnahmen, wenn der Ölpreis über 27 Dollar pro Barrel liegt. Zwischen 2002 und 2005 haben sich die Ölpreise praktisch verdoppelt und betragen im vergangenen Jahr durchschnittlich 53 Dollar pro Barrel. Der „Stabfond“ wächst daher rasant: Befanden sich darin Anfang Juli rund 77 Milliarden Dollar, werden es Ende des Jahres voraussichtlich 90 Milliarden sein.

Doch was Russland mit dem vielen Geld anfangen soll, weiß die politische Führung noch nicht. „Präsentiert die Regierung bis zu den nächsten Wahlen kein überzeugendes Wirtschaftsprogramm, ist es aus mit dem Wachstum, trotz hoher Ölpreise“, sagt Christopher Weafer, Chefstrategie der russischen Alfa-Bank. Laut Weafer hängen zwei Drittel der russischen Wirtschaftsleistung vom Konsum ab, der durch einen steigenden Rubelkurs und hohe Inflation zusammenbrechen könnte.

Geht es nach dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem russischen Finanzministerium, soll das Geld im Ausland langfristig in Anlagefonds investiert werden, um damit unter anderem die Renten zukünftiger Generationen zu sichern. Ein anderer Teil der russischen

Regierung will die Mittel jedoch hier und heute in die Wirtschaft oder in dringende Infrastrukturprojekte investieren.

Doch ob die hochgradig vom Öl- und Gassektor abhängige russische Wirtschaft so viel Geld schlucken kann, ist fraglich: „Die stark monopolisierte und wenig diversifizierte russische Wirtschaft ist unfähig, diese Gelder zu absorbieren“, kritisiert Solodkow den zunehmenden staatlichen Einfluss auf den Privatsektor. „Warum steigen die Immobilienpreise in Russland derart rasant? Weil dies praktisch die einzige Möglichkeit ist, Geld zu investieren“, argumentiert der Ökonom. Der Staat müsste das freie Unternehmertum und Konkurrenz fördern, aber er tue das Gegenteil.

Wie unreif die russische Wirtschaft ist, wird am Finanzmarkt ersichtlich: Die russischen Unternehmen, auch staatliche wie Gasprom oder Rosneft, finanzieren sich zunehmend aus dem Ausland. Das Volumen der ausländischen Privatdarlehen nahm 2005 von 67 Milliarden auf 176,2 Milliarden Dollar zu. „Die Gründe dafür sind die tiefen Zinsen und der starke Rubel“, erklärt Nina Tschebotarowa von der Expertengruppe für Wirtschaftsfragen des russischen Finanzministeriums. „Im Grunde hat sich Russlands Schuldenproblem nur von der staatlichen auf die private Ebene verlagert“, betont Weafer und warnt: „Das geht so lange gut, wie der Rubel stark bleibt.“

Der russischen Regierung läuft die Zeit davon. Und auch wenn sie eine geniale Therapie gegen die „holländische Krankheit“ finden sollte, könnte es immer noch an Therapeuten, sprich der trägen russischen Bürokratie, scheitern. „Bei uns wird ein Projekt gemacht, viel Geld dafür zur Verfügung gestellt und am Ende kauft sich jemand einen Fußballclub“, meint Solodkow in Anspielung an Roman Abramowitsch, den Gouverneur von Tschukotka und Eigner des FC Chelsea.

„Alles muss transparent sein“

Oleg Demin über die heißen Eisen zwischen Kiew und Moskau

Oleg Demin, seit März Botschafter der Ukraine in Russland, plädiert trotz etlicher Spannungsfelder für mehr Gelassenheit in den Beziehungen zwischen den Nachbarländern. „Sie werden sich trotz der zeitweiligen Konjunktur politischer Interessen weiterentwickeln“, sagte er Igor Solowej von der Agentur Ukrinform im Exklusiv-Interview für die MDZ.

Herr Botschafter, was ist Ihr Eindruck davon, wie die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine in Russland aufgenommen worden sind, insbesondere die Ernennung der neuen Regierung unter Viktor Janukowitsch?

Alles, was in der Ukraine passiert, wird in Russland sehr aufmerksam von der Bevölkerung und von den Medien verfolgt. Die Meldungen fallen ziemlich unterschiedlich aus, manche sind wohlwollend, andere eher weniger, gleichgültige Reaktionen findet man jedoch nicht. Das gefällt mir, weil es die besondere Beziehung zwischen den beiden Ländern unterstreicht.

Premierminister Viktor Janukowitsch sieht man in Russland als jemanden, der den bilateralen Beziehungen eine positive Richtung geben wird. Ich finde, die neu gebildete Regierung besitzt gute Perspektiven, eine nationale Politik zu betreiben. In Russland respektiert man die proukrainische Position der Regierung und des Parlaments.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat gesagt, dass die ukrainisch-russischen Beziehungen einen „pragmatischen Charakter annehmen“. Gleichzeitig ergreift die russische Seite jedoch Maßnahmen gegen ukrainische Erzeugnisse, die von Pragmatik weit entfernt sind.

Und trotzdem steigt der Gesamtumfang des Außenhandels. Des Weiteren arbeitet Russland heute selbst an der Herstellung von bestimmten Produkten und wird in wenigen Jahren den heutigen Bedarf decken können. Das ist nur natürlich. Wir hoffen, dass insgesamt auch der Bedarf wachsen wird, so dass die Nachfrage nach ukrainischen Produkten anhält.

Insgesamt sollte man von ukrainischer Seite aktiver um den russischen Markt kämpfen und das anbieten, was Russland aus anderen Ländern importiert. Insbesondere beim Energieanlagenbau, dem landwirtschaftlichen Maschinenbau und der Agrarindustrie gibt es gewaltige Möglichkeiten. Die Auswahl von Exportfirmen, insbesondere bei Fleisch- und Milchprodukten, erfolgt nicht immer nach nachvollziehbaren Kriterien. Der Botschaft ist unklar, warum aus der Liste dieser Betriebe die größten und bekanntesten entfernt wurden, obwohl es keine Einwände gegen die Qualität ihrer Waren oder das tierärztliche Kontrollsystem gab.

Womit könnte im Gegenzug die Attraktivität für Investitionen in der Ukraine gesteigert werden, wie es sich die neue Regierung auf ihre Fahnen geschrieben hat?

Die Ukraine ist ohne Zweifel für das globale Kapital von Interesse – und insbesondere für das russische. Dieses Interesse wird noch steigen. Eines der Projekte könnte zum Beispiel der Ausbau des Erdölleitungssystems nach Europa sein. Dass ukrainische Fachleute bei der Gewinnung von Bodenschätzen in Russland ihre Erfahrung einbringen, darf ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Wenn die zwischenstaatliche Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit ihre Arbeit intensiviert, könnte es noch viel mehr solcher Beispiele geben.

Eine der heiklen bilateralen Fragen ist die Zusammenarbeit der Ukraine mit der Nato. Was sagen Sie zu Prophezeiungen, dass der ukrainische Rüstungsindustrielle Sektor bei einer Mitgliedschaft im westlichen Bündnis den russischen Auftraggeber verlieren könnte?

Ich würde die Probleme des ukrainischen Rüstungsindustriellen Sektors nicht unmittelbar von einer Nato-Perspektive abhängig machen, da dies nicht der wahre Grund ist. Heute wird unsere Rüstungsindustrie von der Konkurrenz bedroht, vom Ersatz der ukrainischen Erzeugnisse durch Erzeugnisse der russischen Hersteller.

Was denken Sie in dieser Hinsicht über das Vorhaben der russischen Seite, sich aus dem gemeinsamen Projekt zum Bau des Flugzeugtyps An-70 zurückzuziehen?

Da ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Bisher hat Russland keine verbindliche Entscheidung getroffen. Die

in der Ukraine als einen Stachel in den ukrainisch-russischen Beziehungen bezeichnen. Bei diesem Thema hat sich in letzter Zeit zweifellos einiges aufgestaut, allerdings werden Probleme auch mehr oder weniger erfolgreich gelöst, so zum Beispiel die Frage der Leuchttürme, Schiffsdurchfahrten, Kabelleitungen.

Die intensive Arbeit der russisch-ukrainischen Subkommission zur Schwarzmeerflotte ist ein Beleg dafür, dass sich auf diesem Gebiet normale Beziehungen entwickeln. Es gibt einen Vertrag und Fristen über die Stationierung der Schwarzmeerflotte auf unserem Gebiet. Ich finde, man sollte das gelassener sehen.

Eine zentrale Rolle in den beiderseitigen Beziehungen nehmen nach wie vor die Gaslieferungen ein.

Sie sind aus unerfindlichen Gründen in letzter Zeit zum Hauptthema geworden. Das lässt sich zu einem großen Teil damit erklären, dass die existierende



Der ukrainische Botschafter Oleg Demin.

russischen Spezialisten sagen, dass es sie mehrere Dutzend Jahre kosten würde, die Erfahrung zu sammeln und die Technologien zu erlernen, die für den Bau der Antonow notwendig sind. Gleichzeitig muss man den Regierungen und der Ortsverwaltung der Ukraine danken, weil sie es geschafft haben, die Flugzeugindustrie aufrechtzuerhalten. Wir haben eine spezielle Schule, Fachkräfte, das wissenschaftliche und technische Know-how, Projektierungssysteme und entsprechende Technologien. Das wird sowohl in Russland als auch in Europa geschätzt. Aus diesem Grund bin ich optimistisch, was die Realisierung solcher Projekte betrifft, egal wie die Konjunktur der politischen Beziehungen gerade ist. Wenn sich Russland jedoch trotzdem entschließen sollte, aus dem Projekt An-70 auszusteigen, dann wird es andere Projekte geben, wahrscheinlich sogar mit anderen Ländern.

Die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim ist immer wieder Gegenstand von Spekulationen. Wie wird sich die Sicht auf dieses Problem mit der neuen Regierung verändern?

Ich glaube, man kann die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte

Vertragsbasis nicht perfekt ist. Es sei daran erinnert, dass zum Abkommen von 2001 jährlich ein Protokoll über den Transit von Gas durch die Ukraine und die Gaslieferungen verabschiedet wird. Für 2006 hätte es ebenfalls ein solches Protokoll geben müssen, das ist aber leider noch nicht unterzeichnet.

Das Wichtigste, was die ukrainische Seite letzten Endes anstreben wird, ist die Regelung unserer Vertragsbeziehungen. Alles muss maximal transparent und maximal verständlich sein, und zwar nicht nur für Fachleute, sondern auch für jeden Bürger unserer Länder. Dieses Thema interessiert ja mittlerweile auch die breite Öffentlichkeit.

Ich hoffe, dass die von der russischen und der ukrainischen Seite stammenden Vorschläge zu diesem Thema einander ergänzen werden und dass die gemeinsame Lösung letzten Endes alle zufrieden stellt. Dazu gehört unter anderem Europa, denn die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew in Bezug auf das Gas werden sehr genau von den Europäern beobachtet, denen ebenfalls an Transparenz auf diesem Gebiet gelegen ist.

Zur Person:

Oleg Demin war von 2000 bis 2005 Vize-Chef der ukrainischen Präsidenten-Administration. Er gilt als erfahrener Politiker und Mann des Ausgleichs, was ihn auch für den Posten des ukrainischen Botschafters in Russland qualifiziert haben dürfte, der davor ein Vierteljahr verwaist war. Seine Ernennung in Zeiten nicht immer spannungsfreier Beziehungen zwischen Kiew und Moskau erfolgte am 21. März 2006.

Demin wurde 1947 im Gebiet Tula (Russland) geboren. Er absolvierte das Charkower Institut für Radioelektronik, die Hochschule des ZK der kommunistischen Partei der Ukraine und das Weiterbildungsinstitut für Mitarbeiter des Ministeriums für Industriepolitik. Der Doktor der Wirtschaftswissenschaften wurde 1994 ins ukrainische Parlament gewählt, im selben Jahr zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden. Von 1996 bis 2000 war er Vorsitzender der staatlichen Gebietsverwaltung von Charkow.

Moskauer Deutsche Zeitung

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Herausgeber
Heinrich Martens

Redaktion
Carmen Eller
(Feuilleton, Fotoreportage)
celler@martens.ru

Larissa Chudikowa
(Politik, Zeitgeschehen)
lotos@martens.ru

Tino Künzel
(Leben in Moskau, Geschichte,
Meinung und Medien, Wirtschaft)
tinok@martens.ru

Christian Weisflog
(Regionen, Russland heute, GUS)
cweisflog@martens.ru

Elena Solominski
(Wo und Was in Moskau)
elens@gmx.net

Korrektur
Nina Botschkarjowa,
Raissa Krapschina

Computersatz
Olga Baumgärtner

MDZ-Online
Tino Künzel

„Martens. Verlag & Consulting“ AG

Geschäftsführung
Olga Martens

Vertrieb
Nina Bogowik
Tel.: (495) 246 4051, Fax: (495) 248 3874
mdz-abo@martens.ru

Anzeigen
Tatjana Gorbatschowa
Tel./Fax: (495) 937 6545, 248 5858
gtv@martens.ru

Adresse
Russland, 119435 Moskau,
Deutsch-Russisches Haus,
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.
Tel.: (495) 937 6547, 248 23 30, 937 6544
Fax: (495) 248 3874
E-Mail: redaktion@martens.ru

MDZ im Internet: www.mdz-moskau.de

Die Medienassistenten werden gefördert durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich. Designentwurf: Natalija Gwosdewa.

Registriert bei Roskompschat. Registriernummer 017576

Redaktionsschluss: 29. August 2006. Gedruckt in der Druckerei „Pressa“.

Auflage 20 000 Expl. Номер заказа 510916.

Газета в розницу не распространяется